

Fritz Reheis Das Grundgesetz der Gleichgültigkeit

Fritz Reheis
ist Gymnasiallehrer
am Gymnasium
Neustadt bei Coburg

Abdruck aus
„natur“ 2/90

Ethik ist „in“. „Profit und Wirtschaftsethik“, „Macht und politische Ethik“, „Fortschritt und Wissenschaftsethik“, das sind die Renner auf dem Markt für journalistische und wissenschaftliche Dienstleistungen, die Themen ungezählter Symposien, Seminare und Talk-Shows. Und auf dem Markt für Geldanleger ist nun das „Ethical Investment“ der letzte Schrei (*natur* 1/1990). Psychologisch ist diese Ethik-Konjunktur verständlich. Wer ethisch denkt und moralisch handelt, tut nicht nur etwas für sein Gewissen und Image, er macht sich auch — davon sind viele überzeugt — für das Allgemeinwohl verdient. Ethisches Bewußtsein führe nämlich zur Eindämmung menschlichen Fehlverhaltens mit all seinen Konsequenzen. Und dies sei ein existentielles Anliegen in einer Zeit, in der das Überleben der Spezies „Mensch“ erstmalig zur Disposition steht.

Zwar sehen manche die Entwicklung der Spezies einem „Grundgesetz“ unterworfen, das für den einen im unaufhaltsamen „Niedergang“ (Christian Schütze), für den anderen im zwangsläufigen „Aufstieg“ (Peter Kafka) besteht. Aber allen gilt die unverzügliche ethische Rückbesinnung, eine Art moralische Nachrüstung unserer Kultur, als dringend geboten, um den Niedergang zu verlangsamen beziehungsweise evolutionäre Rückschläge und ihre katastrophalen Konsequenzen zu verhindern.

Eine solche Hoffnung auf die moralische Nachrüstbarkeit unserer Kultur erweist sich bei näherer Prüfung jedoch als höchst fragwürdig, ja naiv. Denn es ist geradezu ein Spezifikum, vielleicht sogar *das* Wesensmerkmal der seit rund 200 Jahren vordringenden Kultur der sogenannten Moderne, nicht nur gegenüber sozialen und ökologischen Lebensbedingungen Gleichgültigkeit zu erlauben, sondern diese Erlaubnis sogar als *die* große historische Errungenschaft zu feiern. Die Neuzeit hat Gleichgültigkeit zu ihrem Grundgesetz erkoren. Deshalb meine ich: Nicht ethisch inspirierte Änderung unseres Verhaltens vermag die Menschheit zu retten, sondern radikale kulturelle Neubesinnung und Neudefinition der Spielregeln.

Zunächst eine Bemerkung zur Fragwürdigkeit des herrschenden Sprachgebrauchs. Wer ist eigentlich gemeint, wenn bei umweltethischen Erörterungen ständig von „unserer“ Verantwortung, „unserem“ Handeln die Rede ist? Meinen die Ethiker die afrikanische Mutter, die, stundenlang auf der Suche nach Brennmaterial, schließlich die letzten Äste des letzten Baumes am Rande der Steppe abbricht, um Feuer für eine warme Mahlzeit machen zu können? Meinen sie die europäische Hausfrau, die, nach einem langen Tag im Büro und zusätzlich genervt von einem stressigen Heimweg, hochveredelte, energieintensiv produzierte Fertiggerichte aus dem Supermarkt auf den Tisch stellt? Meinen die Umweltethiker den US-Farmer, der Fungizide und Pestizide tonnenweise auf seine Felder spritzt, weil er Spitzenerträge braucht, um die Existenz seines Betriebes zu sichern?

Hinter dem meist mit großer Selbstverständlichkeit ausgesprochenem „Wir“ verbirgt sich in aller Regel nicht nur eine grob verharmlosende und irreführende Darstellung der Realität, diese Redeweise ist darüber hinaus zynisch. Konsumenten und Produzenten können in sehr vielen Fällen nämlich gar nicht vernünftiger sein, als sie es tatsächlich sind. Wo es saubere Luft und Wasser, wo es naturschonend hergestellte Güter nicht gibt, können sie auch nicht nachgefragt werden. Wo solche Güter zwar existieren, ihre Beschaffung aber einen hohen zeitlichen oder finanziellen Aufwand erfordert, sind viele Menschen von vornherein von deren Nutzung ausgeschlossen. Nur die wenigen Glücklichen, die genug Zeit und Geld für ökologisch bewußtes Konsumieren und Produzieren haben, können ernsthaft gefragt werden, warum sie die Appelle an ihr Verantwortungsbewußtsein ignorieren.

Die Spielregeln unserer Gesellschaft

Die Frage muß also lauten: Warum herrscht Gleichgültigkeit auch dann, wenn es anders ginge, wenn verantwortungsbewußtes Handeln möglich wäre?

Meine Ausgangsthese: Der einzelne kann sich nur dann verantwortlich fühlen, wenn er weiß, daß es auf ihn auch tatsächlich ankommt. Nur wer sicher ist, daß man ihm zuhört, wird auch reden. Und andersherum formuliert: Wer weiß, daß es auf ihn nicht ankommt, wird konsequenterweise auch das Interesse am betreffenden Sachverhalt bald verlieren, wird sich Gleichgültigkeit angewöhnen. Die Spielregeln unserer Gesellschaft sind nun aber leider genau so beschaffen, daß der einzelne tatsächlich nur sehr selten gefragt und gehört wird, und vor allem gerade dann nicht, wenn existentielle Entscheidungen anstehen.

Die Entmündigung beginnt spätestens am Tage des Schuleintritts. Bisher wollte das Kind spontan Geheimnisse lüften und Zusammenhänge aufklären; seine hartnäckige Warum-Fragerei war den Eltern oft auf die Nerven gegangen. Jetzt, in der Schule, gilt es, die natürliche Neugierde den Erfordernissen der Institution, den Regeln des verplanten Lernens, unterzuordnen. Über kurz oder lang muß dem jungen Gesellschaftsmitglied die erste Spielregel in Fleisch und Blut übergegangen sein: Es kommt nicht mehr auf mich, meine Fragen, meine Lust an, sondern auf einen Lehr- und Stundenplan, der gefälligst erfüllt werden muß. Und: Was am Ende allein zählt, ist nicht die Entdeckung, wie etwas funktioniert und die Beherrschung einer neuen Fertigkeit, sondern die Bilanz der Noten. Sie allein ist für das weitere Leben ausschlaggebend.

Nach der Schule geht es folgerichtig weiter. Zwar wird in den repräsentativen Demokratien der junge Erwachsene in regelmäßigen Abständen nach seinem politischen Willen befragt, und fast permanent erkundigt man sich in der Marktwirtschaft nach seinen Konsumwünschen. Sobald er aber am Arbeitsplatz steht, verkehrt sich die Situation für ihn. Wer will von dem abhängig Beschäftigten, dem sogenannten Arbeitnehmer, beispielsweise wissen, ob er lieber streßfrei arbeiten, seine Gesundheit und seine Energie schonen und dafür vielleicht etwas weniger verdienen möchte? Ob er eine vielseitig-kreative Gestaltung des Arbeitsprozesses einer einseitig-stumpfsinnigen vor-

zieht? Ob er die Naturressourcen pfleglich behandeln will? Der Markt stellt ihm für solche Sonderwünsche in Zeiten durchschnittlicher Konjunktur keinerlei Schalthebel zur Verfügung. Er hat den Arbeitsplatz, den ihm der Unternehmer anbietet (oder auch nicht), so zu akzeptieren, wie er ist. Sein Arbeits- und damit ein großer Teil seines Lebensalltags ist weitestgehend fremdbestimmt. Das einzige legitime Interesse gilt dem Geldbeutel: Ein kontinuierlich steigendes Konsumniveau entschädigt für den Verzicht auf Souveränität.

Und der, der ihm den Arbeitsplatz eingerichtet hat? Wer fragt den „freien“ Unternehmer, ob er lieber seine Belegschaft und die für die Produktion erforderlichen Naturressourcen schonen oder nach betriebswirtschaftlichem Kalkül alle Kostenfaktoren konsequent minimieren will? Ob er lieber einen überschaubaren Kleinbetrieb führen oder expandieren will? Auch bei ihm bleibt von der vielgepriesenen Entscheidungsfreiheit wenig übrig, denn die Marktdaten diktieren sein Handeln weitgehend. Die Devise heißt Gewinnmaximierung, ob er will oder nicht. Jeder Geschäftsmann weiß, daß die Konkurrenz mit Argusaugen den kleinsten Fehler aufspürt und gnadenlos ausschachtet.

Überleben kann – das gilt für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber – in diesem Gesellschaftsspiel nur, wer sich den Autoritäten und Zwangsmechanismen unterwirft, wer einen Großteil seiner Bedürfnisse und alle seine sozialen Skrupel im Hinblick auf Zeitgenossen und erst recht auf zukünftige Generationen verdrängt, wer also soziale und ökologische Gleichgültigkeit gelernt hat. Sensibilität für das eigene Wohlbefinden hat hier genauso wenig zu suchen wie Mitgefühl für andere. Letzteres gilt als sachfremde Erwägung, als Einmischung in fremde Zuständigkeiten und wird als Regelverstoß gewertet. Hiervon können sich zum Beispiel alljährlich die „kritischen Aktionäre“ des Bayer-Konzerns überzeugen, die glauben, Investitionsentscheidungen müßten sozialen und ökologischen Kriterien unterzogen werden. Wenn ökologisch denkende Betriebswirte die Spielräume des Marktes preisen, müssen sie

ehrlicherweise immer dazusagen, daß sich letztlich doch alles wieder „rechnen“ müsse.

In die Sprache der Sozialwissenschaft übersetzt: Die Spielregeln des Erwerbsalltags erziehen uns tagtäglich von neuem zu einer spezifischen Form von Abstraktion im Denken und Handeln, zur gezielten Dosierung von Interesse und Verantwortungsgefühl einerseits, Gleichgültigkeit und Skrupellosigkeit andererseits. Dies ist der Inhalt des gesellschaftlichen Konditionierungsprozesses, der sich ebenso unbemerkt wie übermächtig vollzieht. Er macht die biologischen Individuen erst zu Gesellschaftsmitgliedern. Die Soziologen nennen diesen Vorgang deshalb „Sozialisation“. Wer in das Loblied auf die Segnungen der Marktwirtschaft einstimmt, aber diese Sozialisationsresultate bedauert, gleicht einem Sportsfreund, der vom Boxsport begeistert ist, aber sich nicht damit abfinden will, daß die Kontrahenten immer so aufeinander einschlagen.

Der Arbeitsalltag ist die eigentliche Schule der Nation. Denk- und Verhaltensweisen, die dort entstehen, können nicht plötzlich abgelegt werden, wenn es um Politik geht, wenn der verantwortliche Staatsbürger gefragt ist. So kann es nicht verwundern, daß dieser Bürger auch als Wähler wiederum zuallererst auf die kurzfristigen, monitär meßbaren Leistungen der Kandidaten achtet und sich für die Bewahrung der Welt und die Rettung der Menschheit erst zuletzt interessiert oder gar verantwortlich fühlt. Die Folge: Auch die Regierenden, eigentlich mit dem Gewaltmonopol – zumindest regional – ausgestattet, erhalten keinen politischen Auftrag, der Vorbereitung der ökologischen Katastrophe rechtzeitig und mit der gebotenen Rigorosität ein Ende zu setzen.

Bürger und Politiker wissen zwar spätestens seit den Prognosen über das Ende der Energievorräte oder die bevorstehende Klimakatastrophe, daß Umweltpolitik niemals national begrenzt sein kann. Unbeeindruckt davon betreiben und unterstützen sie jedoch eine nationale Politik nach dem Motto: Wir würden ja gern, können aber nicht, weil die anderen nicht mitmachen. Kein Staat

Soziologie

will mit gutem Beispiel vorangehen, wenn er befürchten muß, am Schluß als der Dumme dazustehen. Auch für den Staat muß sich Ökologie „rechnen“; Außenhandelsbilanzen und Wechselkurse sind untrügliche Indikatoren. Bürger und Regenten orientieren sich am nationalen Interesse, verhalten sich insofern also vernünftig und produzieren gerade dadurch ein Höchstmaß an globaler Unvernunft. Die Spielregeln der individuellen Geldmaximierung und die des staatlichen Nationalismus erweisen sich letztendlich als Kinder ein und derselben verhängnisvollen Logik. Für eine Situation, die sich dieser Logik verdankt, haben Spieltheoretiker den treffenden Begriff „Gefangenendilemma“ geprägt: Bürger und Staaten als Gefangene ihrer eigenen Spielregeln.

Die „aufgeklärte“ Wissenschaft

Wenn die Praktiker nicht mehr weiterwissen, suchen sie Rat bei den Wissenschaftlern. Hat auch die Wissenschaft versagt, ist auch sie vom Bazillus der Gleichgültigkeit befallen? Die herrschende Lehre bestätigt Bürger wie Politiker in dem, was sie eh schon wissen und praktizieren: Die Erlaubnis zur Gleichgültigkeit ist etwas ungemein Entlastendes für den einzelnen und etwas ungemein Produktives für die Gesellschaft. Wo kämen wir hin, so wird gefragt, wenn sich jeder für alles verantwortlich fühlen wollte oder müßte? Und weiter: Die existierende Zuständigkeitsverteilung, die Trennung in Arbeitnehmer und Unternehmer sowie in Wähler und Gewählte sei schließlich Resultat der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die sich in Jahrhunderten entwickelt und ihre Leistungsfähigkeit dadurch überdeutlich unter Beweis gestellt habe. Auf die Koordinierung der Einzelaktivitäten zu einem harmonischen Ganzen durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes und die sichtbare Hand des Staates – so die weitverbreitete Überzeugung der Sozialwissenschaften – sei Verlaß. Dies sei seit den bahnbre-

chenden Entdeckungen eines Adam Smith oder John Locke hinreichend bekannt.

Dementsprechend begegnen wir in den zeitgenössischen Lehrbüchern der Ökonomen, Soziologen und Politologen immer wieder denselben Gedankengebilden: Ökonomen haben den *Homo oeconomicus* erfunden, der nur die Maximierung seines Eigennutzes im Kopf hat. Soziologen wollten nicht nachstehen und konstruierten den *Homo sociologicus*, dem seine individuelle Freiheit über alles geht und dem die Gesellschaft nur ein „Ärgernis“ darstellt. Und Politologen glauben an den angeblich angeborenen Machtmaximierungstrieb des Menschen.

Eine der prägnantesten neueren Beschreibungen, formuliert für den Bereich der Ökonomie, aber übertragbar auf Soziologie und Politik, stammt von Max Weber: Wo jeder sich nur an seinem Eigeninteresse orientiert, die Individuen aus freien Stücken Verträge miteinander abschließen können, wo sich jeder bei der Suche nach seinem Vertragspartner und dem Aushandeln der Vertragsbedingungen ausschließlich an seinem Geldbeutel orientiert, die Vermehrung von Geld das primäre Ziel allen wirtschaftlichen Handelns ist, dort sei ein Maximum an Rationalität garantiert. Nur so könne das denkbar größte Maß an Informationen über die Nutzungsmöglichkeiten sämtlicher Ressourcen in sämtlichen Entscheidungen berücksichtigt werden. Plakativ formuliert: Maximiere ruhig nach Lust und Laune, wenn nur die Kasse stimmt, so löst sich alles wie von selbst! Du bist dann auch der leidigen Aufgabe entoben, dir um deinen Nachbarn, um andere Kontinente oder erst recht um zukünftige Generationen Gedanken zu machen. Und umgekehrt: Je mehr sich Menschen von nicht-egoistischen Gefühlen leiten lassen, je mehr sie sich durch Gemeinschaftsempfinden miteinander verbunden sehen, je mehr sie sich Gedanken über eine langfristig angelegte gemeinschaftliche Befriedigung ihrer Bedürfnisse machen und gemeinsam ans Werk gehen, um so mehr droht Irrationalismus überhandzunehmen. Dies sei, so die von Max Weber bündig formulierte und von weiten Kreisen der herrschenden Sozialwissenschaften ge-

teilte Überzeugung, die Quintessenz „aufgeklärter“ Wissenschaft.

Aus der Perspektive eines so „befreiten“ und zur Gleichgültigkeit aufgeforderten Individuums sind Mitmenschen wie auch Naturressourcen nichts anderes als Mittel für die individuelle Maximierungsstrategie. Sie werden je nach Kostensituation eingesetzt oder in Ruhe gelassen. Solange sie nichts kosten, ist ihrer Vernutzung keine Grenze gesetzt. Diese „aufgeklärte“ Denkweise ist der Grund, warum in der herrschenden ökonomischen Theorie Begriffe wie Materie, Energie oder Entropie keine Rolle spielen. Naturressourcen hatten jahrhundertlang keinen Preis, und noch heute sind viele sogenannte freie Güter schutzlos der Gier des „aufgeklärten“ Maximierens ausgesetzt. Die modernen Ökonomen haben so den Produktionsfaktor Natur glattweg vergessen, stellt der St. Galler Wirtschaftswissenschaftler Hans Christoph Binswanger fest. Diese Wirtschaftstheorie tut so, als seien ökonomische Prozesse beliebig wiederholbar. Erst in jüngster Zeit kommen Ökonomen auf die Idee, der Natur unter größten Schwierigkeiten einen Preis zu verpassen, der zudem die natürlichen Knappheitsverhältnisse ausdrücken soll.

Wenn es den Wirtschaftswissenschaftlern wegen ihrer Fixierung auf Märkte und Preise bisher nicht gelingen konnte, die Natur „in den Griff zu bekommen“, dann – so muß gefolgert werden – sind die anderen Wissenschaftsdisziplinen gefordert. Auch deren Blindheit gegenüber der Erschöpfung der Natur kommt nicht von ungefähr. Seit die „Aufklärer“ das Individuum von transzendentalen Bindungen befreit haben, hat sich nämlich auch die Arbeitsweise und das Erkenntnisinteresse der Wissenschaft insgesamt gewandelt. Aus der einst um Wesenserkenntnis bemühten Philosophie wurde die um Effektivität bemühte Einzelwissenschaft. Man forschte bald nicht mehr nach universellen Seinszusammenhängen, sondern nach den Bedingungen des optimalen Maximierens. Die Wissenschaftler folgten dabei dem Vorbild der gewerblichen Wirtschaft: mehr Effizienz durch zunehmende Spe-

zialisierung, Auflösung der Universalwissenschaft in Einzeldisziplinen.

Wirtschaftswissenschaftler suchten nach den optimalen wirtschaftlichen Maximierungsbedingungen, Soziologen nach den gesellschaftlichen, Politologen nach den politischen. Systematisch ausgeblendet wurden die Zwischenbereiche, die sogenannten interdisziplinären Zusammenhänge. Auf diese Weise mußte die wissenschaftliche Arbeitsteilung ihr Erkenntnisobjekt notwendigerweise zerstören: die Arbeitsteilung zwischen den sozialwissenschaftlichen Disziplinen den einheitlichen Zusammenhang des menschlichen Lebens, die Arbeitsteilung zwischen Sozial- und Naturwissenschaften den Zusammenhang der Welt insgesamt. So kümmert sich der Volkswirt um die Wertschöpfung des Volkes, der Geologe um die Naturschätze einer Region. Daß sie zum großen Teil über Identisches reden, bleibt unbewußt; ökonomisch-ökologische Wechselwirkungen fallen der fachlichen Borniertheit zum Opfer.

Auch in der sogenannten aufgeklärten Wissenschaft zählt mithin nur eins: der schnelle Erfolg, der Nachweis praktisch verwertbarer Know-hows. Für die Einheit des Lebens und der Welt hat eine derart verkrüppelte Wissenschaft kein Sinnesorgan mehr zur Verfügung; den inneren Zusammenhängen des gesellschaftlichen Lebens gegenüber bleibt sie notgedrungen gleichgültig.

Die Arroganz der Neuzeit

Jede Generation glaubt, daß sie besonders fortschrittlich sei. Die Kinder der Neuzeit wännen sich zu diesem Glauben besonders berechtigt. Für die Begründer der Aufklärung war jedes Menschen- und Gesellschaftsbild, das nicht von Kategorien wie Individuum, Freiheit, Eigentum und Geld ausgeht, sondern von der Gesellschaft, der Gattung, der Natur oder gar vom Universum ein Ausdruck hoffnungslosen Aufklärungsdefizits. Die Früh- und Vorgeschiede der Neuzeit liefert ihnen genügend Nährstoff für ihr Überlegenheitsgefühl.

Da war zum Beispiel ein gewisser François Quesnay, der in seinem 1758 erschienenen Buch noch fest davon überzeugt war, daß nur die Natur Werte schaffen könne, daß demzufolge die Bodenbearbeitung die erste und wichtigste ökonomische Tätigkeit sei. Das Zauberwort, so hatte Quesnay gepredigt, heißt „Erhaltung des natürlichen Kreislaufes“. 500 Jahre vor ihm hatte Thomas von Aquin gelehrt, daß wirtschaftliches Handeln, etwa die Festlegung von Preisen und Löhnen, nicht Angelegenheit individueller Einzelentscheidungen sein dürfe. Der einzelne habe seine wirtschaftliche Tätigkeit als Dienst für die Gemeinschaft zu begreifen; er solle als Gegenleistung genauso viel fordern, wie für ein standesgemäßes Leben notwendig sei. Letzteres richtet sich für Thomas von Aquin entsprechend dem theozentrischen Weltbild des Mittelalters nach der universellen, Mensch und Natur umfassenden Weltordnung: nach der Hierarchie des Seins, die Gott im Schöpfungsakt festgelegt habe. Und eineinhalb Jahrtausende vor Thomas hatte sein Lehrmeister Aristoteles verkündet, daß alle wirtschaftliche Tätigkeit nichts anderes als ein unabtrennbarer Bestandteil der gesamten Lebenstätigkeit sei. Da Ziel des Lebens immer das „gute“ Leben sei, und weil Menschen immer in politische Gemeinschaften hineingeboren würden, müsse gutes Leben immer zugleich sittlich gutes, tugendhaftes Leben sein. Eine wirtschaftliche Tätigkeit aber, die rein der Vermehrung von Geld diene, untergrabe das Fundament des Zusammenlebens der Menschen. Geld dürfe lediglich als Mittel zum Austausch von Gütern Verwendung finden, niemals jedoch als Selbstzweck mißbraucht werden.

Mit solchen voraufklärerischen Irrlehren glaubt man seit der Aufklärung ein für allemal Schluß machen zu können. Mit der Befreiung des Individuums von übermächtigen Religions-, Natur- oder Gemeinschaftsmythen, mit der Entdeckung der egoistischen Menschenatur und der Erfahrung der segensreichen Wirkungen einer lückenlosen Ausbreitung der Geldvermehrungswirtschaft über den ganzen Globus, die uns unsere umfassende Gleichgültigkeit gegenüber Gesellschafts- und Gat-

tungsangelegenheiten ermöglicht hat, wähnt man die Geschichte der Menschheit im wesentlichen abgeschlossen. Der Stein der Weisen gilt als gefunden.

Immer seltener werden die Berichte von Ethnologen und sogenannten Entwicklungshelfern über die letzten „Wilden“ und ihre exotischen Vorstellungen über das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Natur. So belächelt der „aufgeklärte“ Mensch zum Beispiel den tansanischen „Kommunismus“, dem die Gesellschaft als erweiterte Familie gilt. Dort ist die Vorstellung fremd, daß einer seine Situation dadurch verbessern könne, daß er sich Vorteile auf Kosten eines anderen verschaffe. Oder die indisch-singhalesische „Sarvodaya“-Bewegung, in deren Zentrum die Idee steht, Ziel des Lebens sei zwar die Selbstverwirklichung des einzelnen. Der einzelne könne sich aber um so besser selbstverwirklichen, je mehr es ihm gelinge, sich soviel Lebensmöglichkeiten zu verschaffen, wie allen anderen Lebewesen ebenfalls offenstünden. Auch die rigide Trennung von Mensch und Natur, das instrumentalistische Verhältnis zur Umwelt, ist diesem Denken konsequenterweise fremd. Daß solch ganzheitliches Denken auch die Kinder der Industriegesellschaft noch faszinieren kann, zeigen neuere religiöse Jugendbewegungen wie zum Beispiel *New Age*.

Das jüdisch-christliche Abendland hat jedenfalls insgesamt einen anderen Weg eingeschlagen. Es hält sich an das Motto: Mache Dir die Erde untertan! Und seit dem Protestantismus wird dieser Appell neuzeitlich formuliert: Erweitere Deine Marktanteile und Dein Bruttosozialprodukt kontinuierlich, fürchte Dich vor jeder Stagnation, denn sie ist der Vorbote der Krise, des Verfalls, der Katastrophe! Individualistische Maximierung statt universeller Harmonie, das ist die Leitidee.

Zeitgenössische soziologische Modernisierungstheorien haben deshalb ein eingängiges Schema entwickelt. Mit selbstbewußter Arroganz ordnen sie Gesellschaften, die heute noch an nicht-individualistischen und nicht dem Maximierungsprinzip folgenden Menschen- und Gesellschaftsbildern festhalten, am einen Ende einer Skala ein,

an deren anderem Ende die angeblich entwickeltsten Gesellschaften US-amerikanischer oder bundesrepublikanischer Prägung angesiedelt sind. Die Krisensymptome innerhalb der „entwickelten“ Gesellschaften sowie deren verheerende Resultate vermögen das Vertrauen auf die Koordinationskräfte von Markt und Staat bisher kaum zu erschüttern.

Welche Welt bleibt unseren Kindern?

Die weitere Entwicklung wird erweisen, ob diese Selbstgerechtigkeit auch sachlich begründet ist. Ob eine Kultur, die ihre zentralen Lebensfragen dem Geld- und Machtvermehrungsmechanismus überantwortet hat, die sich darüber erhaben glaubt, gemeinsam nachzudenken und zu befinden, wie man leben und arbeiten und welche Welt man den Kindern und Enkeln überlassen wolle, ob eine solche Kultur tatsächlich die Spitze der Evolution bleibt oder ob sie nur einen kurzfristigen Evolutionsvorsprung besitzt. Zumindest was die Lebensdauer innerhalb der Evolution der Spezies angeht, haben die „primitiven“ Gesellschaften, die über mehrere Zehntausende Jahre Erfahrung im Umgang mit der Natur verfügen, den kapitalistischen Industriegesellschaften einiges voraus.

Natürlich kann die Alternative zum Grundgesetz der Gleichgültigkeit nicht die Rückkehr in die Welt der Jäger und Sammler, in die griechische Polis oder die mittelalterliche Ordo sein. Zum Überleben unserer Spezies brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Aufklärung, radikale Aufklärung. Immanuel Kants Definition ist aktueller denn je: Aufklärung als „Ausgang des Menschen von seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Mündigkeit aber erfordert gesellschaftliche Institutionen und Spielregeln, die es den Menschen nicht nur erlauben, sondern sie dazu verpflichten, die Verantwortung für ihr Leben und das ihrer Nachfahren wirklich an niemanden mehr abzugeben: an keinen Gott, keinen irdischen Machthaber und keinen — wie auch immer gearteten — Zwangsmechanismus.